

SPERRFRIST: DIENSTAG, 22. JANUAR 1980, 18.15 UHR

VORTRAG VON HERRN WILHELM HAFERKAMP,
VIZEPRAESIDENT DER KOMMISSION DER EUROPAEISCHEN GEMEINSCHAFTEN,
VOR DEM SCHWEIZERISCHEN INSTITUT FUER AUSLANDFORSCHUNG
IN ZUERICH AM 22. JANUAR 1980

"Die Europäische Gemeinschaft und ihr Verhältnis
zu den anderen europäischen Staaten"

Ich weise nicht,

ob Ihnen Herr Professor Frei jemals etwas erzählt hat
über die Mühen der Vorbereitung für das Semester-
Vortragsprogramm seines Instituts.

Es gäbe da sicherlich manches zu berichten

- von umfangreichem Schriftwechsel,
- von Kalenderakrobatik mit termingeplagten Referenten
- oder von dem Herumfeilen an der jeweiligen Themenformulierung

Was da vollbracht wird an vorausschauender Planung
und Geduld verdient unser aller Respekt.

Bewunderung aber muss uns erfüllen

wenn wir uns den Zeitpunkt vergegenwärtigen,
an dem das Thema für das Wintersemester 79/80
gegeben wurde:

"Europa - ein Kontinent im Wandel".

Das ist sicher vor etwa einem Jahr gewesen.

Europa im Wandel - die Welt im Wandel.

- Welche Folgen hat die Veränderung der Weltszene
auf die Entwicklung in Europa?
- Wird der Wandel in unserem Kontinent,
den Herr Professor Frei als Thema vorausformulierte,
beschleunigt?
- Welche Richtung nimmt er?
- Spielen wir dabei mit
- oder wird uns mitgespielt?

Wir müssen beweisen,

dass der "Kontinent Europa" auch in Zukunft mehr ist
als ein geographischer Begriff!

Wir müssen zeigen:

diese Alte Welt, dieses Old Europe, ist jung
und nimmt die Herausforderung an!

Wir müssen das tun

- als Europäische Gemeinschaft,
- als europäische Staaten,
- als Europäer -
- miteinander.

Iran und Afghanistan haben es nur noch klarer gemacht:

Wir alle müssen mit den gleichen Problemen fertig werden:

- mit der Sicherung unserer Versorgung
mit Energie und Rohstoffen,
- mit dem Zwang,
ständig steigende Ölrechnungen zu bezahlen,
- mit Arbeitslosigkeit und Inflationsdruck,
- mit der Anpassung unserer Wirtschaft
an die neue Arbeitsteilung in der Welt,
- mit den Instabilitäten im Währungsbereich,

In welcher Verfassung sind wir in Europa,
um diese Schwierigkeiten zu meistern?

Wie verhalten wir uns untereinander?

Lassen Sie mich dazu etwas aus der Sicht der Europäischen
Gemeinschaft sagen:

Seit ihrem Bestehen hat die Europäische Gemeinschaft
mit Schwierigkeiten zu kämpfen.

Sie hat sie alle durchgestanden.

Kein Mitgliedstaat kann es sich leisten,
die Gemeinschaft zu blockieren
oder gar sie zu verlassen.

Diskussionen über den Haushalt der Gemeinschaft oder den Tagungs-
ort des Parlaments

sollten angesehen werden als Selbstverständlichkeiten
im Zusammenleben demokratischer Institutionen.

Was die Landwirtschaftspolitik angeht,

so gestatten Sie mir ein Zitat aus der traditionsreichen
Zeitung, die mit dem Namen dieser Stadt verbunden ist
(Ausgabe Nr. 15 vom 19./20. Januar 1980, Seite 17).

Da heisst es u.a.:

"Die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft hat es
sicher noch schwerer als die der Schweiz ..."

Das ist - glaube ich - richtig.

Und man könnte sicher noch viele Länder rund um den Erdball
nennen.

die es mit der Agrarpolitik schwer haben.

In der Europäischen Gemeinschaft ist seit vielen Jahren
von der notwendigen Reform der Agrarpolitik geredet worden.

Man hat sie nicht durchgeführt.

Man nähert sich dem Punkt,

an dem die Existenz des Systems selbst auf dem Spiel steht.

Mit der Ablehnung des Gemeinschaftsbudgets für 1980 hat das
Europäische Parlament das deutlich gemacht:

Es nimmt es nicht hin,

dass 3/4 und mehr aller Gemeinschaftsmittel
für die Landwirtschaft ausgegeben werden.

-4
Man wird wohl endlich bei den seit langem besonders kritisierten
Tatsachen ansetzen müssen:

- der Ueberschussproduktion,
die in Verbindung mit Preis- und Abnahmegarantien
entstanden sind und
- den Exportsubventionen für diese Ueberschüsse.

Es liegt im Interesse der Landwirtschaft selbst,
die Reform zu beschleunigen.

Sie dient der Erhaltung des Systems.

Die Gemeinschaft hat noch viele Probleme mehr:

Sie tut sich schwer mit der Energiepolitik,
und in der Verkehrs-, Sozial-, Beschäftigungs- oder
Forschungspolitik gibt es auch erst mehr oder weniger
entwickelte Anfänge.

Die Gemeinschaft hat aber auch

- mit der Schaffung des Europäischen Währungssystems
einen massgeblichen Beitrag zur Stabilisierung der
Währungsverhältnisse in ganz Europa erbracht.
- Sie hat trotz jahrelanger Schwierigkeiten in Weltwirtschaft
und Welthandel der Ausbreitung des Protektionismus wider-
standen.

Schutzmassnahmen bei Textilien und bei Stahl
haben Schlimmeres verhütet und wurden im Zusammen-
hang mit internationalen Abreden oder Verträgen
ergriffen.

Nicht auszudenken die Folgen,

wenn das Sache nationaler Entscheidungen
gewesen wäre.

- An dieser Stelle sei auch erwähnt der Abschluss der Verhandlungen der Tokio-Runde im GATT.

Es ist trotz der schwierigen Lage der Weltwirtschaft gelungen,

- für die 80er Jahre Zollsenkungen zu verabreden
- und die Regeln für mehr Disziplin im Welthandel zu verbessern.

Dieser Erfolg wurde ermöglicht durch die enge Zusammenarbeit derer,

die den Welthandel offen halten wollen.

Wir haben hier ganz besonders unseren Freunden aus den EFTA-Ländern zu danken.

Die Europäische Gemeinschaft hat einen neuen, wichtigen politischen Impuls erhalten durch die Direktwahl des Europäischen Parlaments.

In dieser Volksvertretung für 200 Millionen europäischer Bürger gibt es Alleingänger und Splittergruppen,

die über die Ausnutzung demokratischer Verfahrensregeln den Gang politischer Debatten und Entscheidungen behindern.

Und wie üblich findet dieser Negativaspekt die Schlagzeilen mancher Zeitungen.

Entscheidend aber sind

- Engagement und Aktivität der grossen politischen Fraktionen im Plenum
- und in den zahlreichen Sitzungen der Parlamentsausschüsse in Brüssel.

Hier hat eine Politisierung der Gemeinschaftstätigkeit begonnen.

Die Minister werden sich dem bei den Ratssitzungen nicht entziehen können.

Auch nicht die Technokraten aus unseren Hauptstädten bei ihren Brüsseler Expertensitzungen.

Die Gemeinschaft hat im vergangenen Jahr auch

- den Beitrittsvertrag mit Griechenland unterzeichnet und
- die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal aufgenommen.

In einem Jahr bereits wird Griechenland Mitglied der Gemeinschaft sein

und etwa zwei Jahre später können Spanien und Portugal folgen.

Die Erweiterung

wird das Gewicht der Gemeinschaft in der internationalen Wirtschaftspolitik verstärken

wie in der internationalen Politik überhaupt.

Sie wird Opfer verlangen von den reicheren Ländern,

denn eine Gemeinschaft bedeutet ja auch,

dass die Lebensbedingungen in den einzelnen Regionen nicht zu stark auseinanderklaffen.

Aber die Erweiterung bedeutet nicht,

dass wir künftig die Welt nur noch aus der mediterranen Perspektive sehen

und dabei etwa Skandinavien vernachlässigen.

Auch die erweiterte Gemeinschaft wird sich nicht abkapseln können,

nicht gegenüber den Entwicklungsländern

und schon gar nicht gegenüber den ausserhalb des EG-Verbandes bleibenden europäischen Ländern.

Die Europäische Gemeinschaft kann gewiss auch nicht übersehen,

dass ihre drei europäischen Nachbarn

- Schweiz, Schweden und Oesterreich -

mehr Waren von ihr kaufen

7-7-70 als die beiden Supermächte USA und Sowjetunion zusammen.

Vor zehn Jahren gab es in Westeuropa zwei Wirtschaftsgruppierungen:

- hier EFTA,

~~der Sechser-Gemeinschaft.~~

Vor zehn Jahren gab es auf der Iberischen Halbinsel und in Griechenland Diktaturen,

die sich von der westeuropäischen Entwicklung getrennt hatten.

Vor zehn Jahren erschien ein einheitlicher Wirtschaftsraum Westeuropa undenkbar.

Heute ist die Situation völlig anders.

- Es gibt nach wie vor die Europäische Gemeinschaft, jetzt mit neun Mitgliedern. Bald werden es zwölf sein.
- Es gibt weiterhin EFTA-Staaten, die der Gemeinschaft nicht angehören.

Zwischen ihnen und der Europäischen Gemeinschaft besteht inzwischen wenigstens für Industrieerzeugnisse Freihandel.

Es gibt im Handel zwischen ihnen und der Bundesrepublik keine wesentlich grösseren Hemmnisse als zwischen der Bundesrepublik und Belgien.

Die Statistiken beweisen,

dass die europäischen Länder

- Handel in erster Linie miteinander betreiben
- und erst in zweiter Linie mit der übrigen Welt:
 - 2/3 des europäischen Aussenhandels entfallen auf Handel innerhalb Westeuropas,
 - 4/5 unseres Welthandels mit Industrieerzeugnissen wickeln wir untereinander ab.

- 8 - Ich muss Ihnen leider einige Zahlen zumuten:

- Im Jahre 1978 gingen von den Exporten der Europäischen Gemeinschaft
 - in die EFTA-Länder 22,6 %,
 - in die USA 13,3 %
 - und in die Ostblock- 7,7 %.
länder

- Die Gemeinschaft nahm von den Exporten der EFTA-Länder, 18,4 % auf.

Was die Direktinvestitionen angeht,
so wurden 1973 investiert

- aus der Europäischen Gemeinschaft in die EFTA-Länder über 600 Millionen \$,
- aus EFTA-Ländern in die Europäische Gemeinschaft rund 900 Millionen.

1977 waren das noch um 20 - 25 % mehr.

Diese Zahlen zeigen:

In Westeuropa entsteht ein einheitlicher Wirtschaftsraum.

Wir sind davon überzeugt:

- Die europäischen Banken, Versicherungen,
- die europäische Industrie,
- kurz die europäische Wirtschaft

muss über die EG-Grenzen hinaus
miteinander verzahnt werden.

Wir sind in Westeuropa am Weltmaßstab gemessen
so klein,

dass wir uns keine Spaltung leisten können.

Unser Ziel muss daher sein:

Zusammenarbeit in Westeuropa

- wie gross auch institutionelle oder andere Probleme sein mögen!

Was den "formalen" Bereich angeht,

muss hier erwähnt werden,

dass zur Zeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den EFTA-Staaten insgesamt 73 Verträge bestehen.

Sie reichen

- von allgemeinen Handelsfragen
- über Probleme des Verkehrs- und des Umweltschutzes
- bis zu Angelegenheiten der Fischerei und der Forschung.

Wir wissen,

auf seiten der EFTA-Länder sind gleichwohl manche Wünsche offengeblieben:

- Es gab und gibt bis 1984 noch immer Plafonds für einige sensible Produkte, insbesondere für Papier.

- Es gab und gibt noch immer Probleme beim Agrarhandel.

Es wird regelmässig über so wichtige Gegenstände wie Block-Emmenthaler und andere Käsesorten sowie über Rindfleisch oder Wein diskutiert.

- Schliesslich steht das Problem der Vereinfachung der Ursprungsregeln schon seit langem auf der Liste der EFTA-Staaten.

Auch ich würde mir raschere Fortschritte wünschen.

Aber die Gemeinschaft muss die unterschiedlichen Positionen und Interessen von neun Mitgliedstaaten zusammenbringen.

Aber wir sind ja schon weiter:

- Die EFTA-Gipfelkonferenz in Wien gab neue Impulse.
- Die Gemeinschaft erklärte ihrerseits den Wunsch zu verstärkter Zusammenarbeit.

- Man will das in praktischer und pragmatischer Weise tun,
- je nach den Interessen der Mitgliedstaaten von EFTA,
 - für den einen sind Verkehrsprobleme vorrangig, für den anderen Umweltfragen oder der Export bestimmter Produkte -
 - und ohne die Schaffung neuer Institutionen oder Mechanismen.

Die Schaffung von Institutionen und Mechanismen löst für sich allein keine Probleme.

Das zeigt die Erfahrung des täglichen Lebens.

Das zeigt aber auch die Situation im Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft zu ihren Assoziierten in Europa, insbesondere zur Türkei.

Ein Assoziationsvertrag allein reicht nicht aus.

Die türkische Regierung hat stets ihren festen Willen bekundet

- zur Zusammenarbeit mit Westeuropa
- und zur Stärkung der Assoziierung mit der Gemeinschaft.

Die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten haben in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen gemacht,

um der Türkei in ihren besonderen Schwierigkeiten beizustehen,

- teils direkt,
- teils in internationalem Zusammenhang,

in dem auch ein schweizerisches Engagement nicht gefehlt hat.

Die Gemeinschaft und die Türkei

wollen gemeinsam ihre Beziehungen vertiefen und stärken.

Die Gemeinschaft wird dabei ihre Anstrengungen vergrößern müssen.

Für die Türkei geht es darum,

die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen zu entwickeln und zu stabilisieren.

- 11 - Das Land hat dazu manch gute Voraussetzungen:

- reiche Bodenschätze und - ausser Öl - Energievorkommen,
- einen Markt von über 40 Millionen Verbrauchern,
- erfahrene Unternehmer
- und bedeutende Reserven an Arbeitskräften.

Manche, vor allem bürokratische, Hemmnisse

stehen der vollen Entfaltung dieser Faktoren im Wege.

Sie müssen beseitigt werden.

Viele Probleme lösen sich dann von selbst.

Dringend jedoch ist es,

der Türkei auch weiterhin zu helfen in den finanziellen Schwierigkeiten,

in die sie vor allem durch die Ölpreis-Erhöhungen geraten ist.

Ich wende mich jetzt einem europäischen Mittelmeerstaat zu,

der weder Beitrittskandidat noch Assoziierter der Europäischen Gemeinschaft ist:

Jugoslawien.

Er findet in diesen Tagen bei Millionen Menschen überall in Europa besondere Sympathien und Anteilnahme.

Die Gemeinschaft verhandelt seit einiger Zeit mit Jugoslawien über ein neues Handels- und Kooperationsabkommen.

Es soll unseren Beziehungen einen besonderen Charakter geben.

Es soll auch die Voraussetzung dafür schaffen,

dass das Handelsbilanzdefizit Jugoslawiens gegenüber der Europäischen Gemeinschaft verringert wird.

=12- Lange Zeit haben Bürokraten aus den Hauptstädten der Gemeinschaft den Fortgang der Verhandlungen behindert

durch die Verteidigung nationaler Sektoren- oder
Produkteninteressen.

Die Aussenminister der Gemeinschaft haben vor ein paar Tagen
beschlossen,

diesen Verzögerungen ein Ende zu setzen.

Die Politik soll endlich wieder zur Geltung kommen.

Wir wollen die Verhandlungen mit Jugoslawien bald beenden.

Ein beiderseits befriedigender Abschluss sollte noch
vor Ende Januar möglich sein.

Damit wäre ein weiterer wichtiger Schritt getan
auf dem Wege guter und enger Zusammenarbeit.

Bisher haben wir sprechen können

von einem normalen, sich ständig entwickelnden und vertiefenden Verhältnis zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren europäischen Nachbarn:

EFTA - Spanien - Portugal -

Griechenland - Türkei - Jugoslawien.

Es gibt europäische Staaten,

zu denen das Verhältnis anders ist

- die Staaten, die Mitglied des RGW sind.

Keiner von ihnen unterhält normale diplomatische Beziehungen mit uns.

Wir bedauern das,

wir verstehen aber ihre Schwierigkeiten.

Wir haben mit ihnen - teils sogar enge - Arbeitsbeziehungen.

Probleme im Bereich des Handels zu lösen.

So haben wir

mit Rumänien,
Ungarn
und Polen

Abkommen zur Regelung des Textilhandels abgeschlossen.

Mit der Tschechoslowakei
mit Polen,
Rumänien,
Bulgarien
und Ungarn

haben wir Arrangements für den Handel mit Stahlerzeugnisse

Seit einiger Zeit verhandeln wir mit Rumänien

über den Abschluss von Sektoralen Abkommen
für Industrieerzeugnisse

und über die Bildung eines Gemischten Ausschusses
EG - Rumänien.

Diese Verhandlungen haben ein Stadium erreicht,

in dem entscheidende Fortschritte für ein baldiges
positives Ergebnis möglich erscheinen.

Ich möchte hier daran erinnern,

dass die Gemeinschaft 1974 allen Staatshandelsländern
Vorschläge für den Abschluss von Handelsabkommen
unterbreitet hat.

Dieses Angebot gilt auch heute noch.

Dass die Länder,

von denen wir hier sprechen,

darauf bisher nicht eingegangen sind,

hängt sicher mit ihrer Mitgliedschaft im RGW zusammen.

Und hier wiederum macht sich der Einfluss
der Sowjetunion bemerkbar.

-14- Sie ist der Meinung,

dass die Gemeinschaft im RGW ihren Partner finden sollte.

Sie sieht offenbar die Gemeinschaft als eine Wirtschaftsgruppierung, der sie die von ihr dominierte Organisation des RGW gegenüberstellen möchte.

Diese beiden Gruppierungen sollten danach wohl den Rahmen bilden, innerhalb dessen dann die konkreten Abmachungen zwischen ihren einzelnen Mitgliedstaaten ausgehandelt werden müssten.

Wir haben dieser Auffassung seit Jahren mit Nachdruck widersprochen, vor allem mit Hinweis auf die unterschiedlichen institutionellen Regeln, die Ziele und die Praxis der Gemeinschaft einerseits und des RGW andererseits.

Die Gemeinschaft als solche beschliesst z.B. über Zölle, Einfuhrbeschränkungen oder Ausfuhrbeihilfen, und zwar rechtsverbindlich für jeden ihrer Mitgliedstaaten.

Sie verhandelt und handelt in diesen Fragen auch international.

Sie ist insoweit an die Stelle ihrer Mitgliedstaaten getreten.

Die Gemeinschaft hat im GATT verhandelt, nicht die Niederlande oder die Bundesrepublik oder ein anderer Mitgliedstaat.

Die Gemeinschaft hat einen einheitlichen Aussenzolltarif, sie ist ein Wirtschaftsraum mit grundsätzlich freiem Warenverkehr und mit freier Konvertierbarkeit der Währungen.

Dem entspricht beim RGW nichts.

Dort sind diese wichtigen Angelegenheiten Sache der einzelnen Mitgliedstaaten.

-15- Entsprechend diesen Realitäten

sollten sowohl der RGW als auch seine Mitgliedstaaten
endlich ihre Beziehungen zur Gemeinschaft normalisieren.

Bei unseren letzten Verhandlungen mit dem RGW Ende November letzten
Jahres in Moskau haben wir Vorschläge gemacht,

die den Abschluss eines Abkommens EG - RGW möglich
machen sollten.

Es sollte ein Anfang gemacht werden für ein geordnetes
Verhältnis.

Bereiche und Formen der Zusammenarbeit könnten dann später
weiterentwickelt werden

- unter Berücksichtigung der Erfahrungen
- und wenn beide Seiten das für richtig halten.

Der Exekutivrat des RGW wird sich in diesem Monat mit unseren
Vorschlägen befassen.

Er muss nun sagen,

ob er diesen Anfang machen will.

Ich habe Ihnen gewiss einiges zugemutet

bei der Darstellung der Verhältnisse der Europäischen
Gemeinschaft zu den anderen europäischen Staaten.

Die Vielfalt der Tatsachen und Entwicklungen machte das unver-
meidbar:

- Die Gemeinschaft mit manchen inneren Schwierigkeiten,
die sich gleichwohl weiterentwickelt
und mit dem Europäischen Parlament eine neue
politische Dimension erhalten hat.

- Die Gemeinschaft,
die sich erweitert.
- Die Gemeinschaft
als Bestandteil des zusammenwachsenden Wirtschafts-
raumes Westeuropa.
- Die Gemeinschaft
als Nachbar ihrer südosteuropäischen Assoziierten
und Vertragspartner.
- Die Gemeinschaft mit ihrem Bestreben,
das Verhältnis auch zu den osteuropäischen Staaten
zu normalisieren.
- Die Gemeinschaft,
deren wesentliche Aufgaben und Befugnisse
nach ihren Gründungsverträgen in wirtschaftlichen
Bereichen liegen.
- Die Gemeinschaft,
in der es täglich offenkundiger wird,
dass eine Trennung etwa der Wirtschafts-, Handels-
oder Agrarpolitik von der sogenannten grossen Politik
einfach unlogisch und unmöglich ist.

Die Gemeinschaft wurde zwar mit wirtschaftlichen Zielen und
Aufgaben gegründet.

Aber die wirkliche Gründungsidee war höchst politisch
und von historischer Bedeutung:

Es war die Idee,

in diesem Kontinent Europa die Konfrontation
der Staaten ein für allemal zu beenden.

-17- An ihre Stelle sollten treten

Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit.

Zusammenarbeit ist das Schlüsselwort
innerhalb der Gemeinschaft -
und auch für das Verhältnis der Gemeinschaft
zu anderen Staaten

- in Europa,
- in der Welt.

Bei dem Wandel,

der sich vollzieht in Europa,
in der Welt

brauchen wir feste Richtpunkte für unsere Orientierung.

Es sind die Grundwerte des alten Europa,
die unser gemeinsames Erbe sind.

Es sind die Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen.

Es sind die vier Freiheiten,

die Präsident Roosevelt mitten im Chaos des letzten
Weltbrandes verkündete.

Nennen wir sie auch hier

- sie könnten nicht aktueller sein:
 - Territoriale Veränderungen
nur durch Selbstbestimmungsrecht.
 - Freie Bestimmung jedes Landes
über seine Regierungsform.
 - Freier, gleicher Zugang Aller
zu den Rohstoffen der Erde.
 - Dauernder Friede
und ein Leben frei von Furcht und Not.

-18- All das war uns ganz gegenwärtig in den Jahren unmittelbar nach 1945.

Aber dann wurden wir mitgerissen

von Wachstum,
Wohlstand,
Fortschritt.

Es ging aufwärts

- jedenfalls in Europa.

Es gab vielfältige Möglichkeiten,
nationale Interessen zu betonen
und Gruppen- oder Branchenvorteile zu verfolgen.

Es ist Zeit zur Rückbesinnung auf die Grundwerte.

Eine erdrückende Mehrheit von Staaten
hat in den Vereinten Nationen die Verletzung von
Prinzipien der Weltorganisation verurteilt.

Das ist ein hoffnungsvolles Zeichen.

Die Rückbesinnung auf unsere Grundwerte

darf sich aber nicht begnügen

mit feierlichen oder dramatischen Demonstrationen.

Wir müssen sie täglich neu zur Grundlage für unsere Zusammenarbeit
machen

- gerade auch in unserem "Kontinent im Wandel".

Wir haben gesehen,

wie unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit enger wird.

Wir können und müssen sie verstärken
über wirtschaftliche Bereiche hinaus.

Was können wir tun?

- Der Europarat sollte in seinen vielfältigen Aktivitäten gestärkt werden.

Sein Ministerrat ist das geeignete Forum für engere Zusammenarbeit derjenigen,

die in den europäischen Staaten Verantwortung tragen für ihr Verhältnis untereinander und zur Welt.

- Auch ohne Institutionen sollten europäische Politiker ständig in Verbindung sein

- Regierungsmitglieder,
- Vertreter von Parlamenten und Parteien und der sozialen Gruppen.

Wichtig ist, dass sie sich kennen.

Sie müssen die Möglichkeit haben,

jederzeit miteinander Verbindung aufzunehmen, um

- Ideen, Erfahrungen und Informationen auszutauschen,
- Probleme zu besprechen,
- Schwierigkeiten zu lösen.

Ob sie nun miteinander telefonieren

- das geht unter uns auch ohne heißen Draht -
- oder ob sie sich, wann immer es nötig ist, treffen
- entscheidend ist das Miteinander der Europäer.

Dieses Miteinander wollen wir mit allen,

die sich den gleichen Grundwerten verpflichtet fühlen,

besonders mit den Vereinigten Staaten,

die ihrerseits seit langem für eine Stärkung der Zusammenarbeit in Europa eintreten.

Das Miteinander der Europäer ist notwendig,

wenn dieser "Kontinent im Wandel" bestehen will
in dieser Welt im Wandel.

Wir müssen das werden,

was Winston Churchill am 19. September 1949 hier in Zürich
genannt hat

- the European family -.

Wir sollten uns dabei auch an seine Worte erinnern:

"I must give you a warning.

Time may be short."

Diese Warnung gilt heute mindestens so wie damals.

Wir Europäer müssen handeln:

Schnell und miteinander.